

Marktwirtschaftsstatus für China – worum geht es da?

Seit Ende 2015 wird heftig über den sogenannten „Marktwirtschaftsstatus“ (engl.: Market Economy Status – MES) für China diskutiert. Unter anderem die Stahl- oder die Papierindustrie machen mobil, um die Gewährung dieses MES zu verhindern. Aber auch die Politik beschäftigt sich damit, angefangen von lokalen Regierungen, über nationale Parlamente, bis hin zur Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Um die Debatten und Positionen besser zu verstehen, wollen wir einen Überblick über die Sachverhalte bieten.

Die Vereinbarung zwischen WTO und China

2001 trat China der WTO (engl. World Trade Organisation, dt. Welthandelsorganisation) bei. Zu diesem Zeitpunkt wurde festgehalten, dass China noch keine Marktwirtschaft im Sinne der WTO ist. In einem Protokoll wurde vereinbart, dass China 15 Jahre (somit bis Ende 2016) Zeit habe, den Übergang zu einer Marktwirtschaft abzuwickeln.

Nun gibt es zu dieser Vereinbarung zwei Interpretationen. Unter anderem die chinesische Seite geht davon aus, dass sie nach Ablauf der Frist automatisch von allen WTO-Staaten den MES zugesprochen bekomme. Andere Staaten und Institutionen argumentieren, dass China zuerst gewisse Merkmale einer Marktwirtschaft erfüllen muss, bevor ihnen der Status zuerkannt werden kann.

Definitionen und Handhabung der EU

Die EU hat fünf Kriterien festgelegt, die erfüllt werden müssen, damit ein Staat von ihr als Marktwirtschaft anerkannt wird.¹ (1) Einer Studie der Europäischen Kommission von 2011 zufolge erfüllt China nur eines dieser Merkmale, weswegen der Staat von der Europäischen Union derzeit nicht als Marktwirtschaft anerkannt wird. Das bedeutet, dass auf bestimmte chinesische Produkte sogenannte Anti-Dumping-Zölle eingehoben werden, damit subventionierte, billige Waren aus China nicht die teurere (weil mit höheren Standards versehene) europäische Produktion untergraben.

Zwischen der EU und China gibt es sehr intensive Handelsbeziehungen, sei es beim Import und Export von Waren, aber auch bei Dienstleistungen und vor allem Investitionen. Allerdings berichten viele Unternehmen, dass der Zugang zum chinesischen Markt für Außenstehende schwierig ist, insbesondere wegen der Regierungsinterventionen und Subventionierungen gewisser Branchen. 2015 wurde von Seiten der EU 53 Mal Anti-Dumping-Maßnahmen gegen chinesische Produkte initiiert. Der Großteil des Handels mit China – 98 Prozent – gestaltet sich allerdings normal, es gibt keine Veranlassung, höhere Zölle einzuheben.

Das Problem bei einer Zuerkennung des MES für China

Sollte China im Dezember 2016 den Status einer Marktwirtschaft bekommen, hat die EU keinerlei Handhabung mehr gegen billige Produkte aus China. Wenn der MES erst gewährt ist, kann er auch nicht zurück genommen werden. Derzeit wird zwar nur eine überschaubare Menge an chinesischen Produkten mit Anti-Dumping-Zöllen belegt wird – aber allein die Existenz dieser möglichen

¹ Die Fünf EU-Merkmale einer Marktwirtschaft (Zusammenfassung):

1. Ein geringer Grad staatlichen Einflusses auf die Verteilung von Ressourcen und auf die Entscheidungen von Unternehmen
2. Abwesenheit staatlich bedingter Verzerrungen bei der Handhabung von Unternehmen in Zusammenhang mit Privatisierung
3. Die Existenz und die Verankerung eines transparenten und nicht-diskriminierenden Gesellschaftsrechts
4. Die Existenz und Verankerung einer kohärenten, effektiven und transparenten Reihe von Gesetzen, die die Achtung von Eigentumsrechten und den Betrieb eines funktionierenden Insolvenzsystems sicherstellen.
5. Die Existenz eines echten Finanzsektors, der unabhängig vom Staat agiert

(Sanktionierungs-)Maßnahme kann dazu beitragen, dass sich ausländische Firmen an den europäischen Standards orientieren.

Ein Institut in Washington, das Economic Policy Institute, hat im September 2015 eine Studie veröffentlicht, aus der hervor kommt, dass die Gewährung des MES für China 1.7 bis 3.5 Millionen Arbeitsplätze innerhalb der EU gefährden wird. Besonders betroffen wird die Stahlindustrie sein, aber auch die Papierindustrie sowie die Glas-/Keramik-, Aluminium-, Umwelttechnologie- und Textilsektoren. Die Europäische Kommission wiederum schätzt die Zahl der zu erwartenden Arbeitsplatzeinsparungen geringer ein.

Diverse nationale und europäische Industrieverbände sind derzeit besorgt um ihre Umsätze. Aber auch die sozialen Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen. Insbesondere industrialisierte Regionen werden, wenn die Arbeitslosigkeit massiv ansteigt, vor vielen Problemen stehen.

Gewerkschaftliche Kritik

Die Argumente der Industrieverbände und in vielen politischen Debatten gegen eine Zuerkennung des MES beschränken sich meistens darauf, dass China die fünf Kriterien der EU nicht erfüllt. Als Begründung werden in erster Linie der verzerrte Wettbewerb, der Verlust von Arbeitsplätzen und das Schrumpfen mancher Industriezweige genannt.

Als Gewerkschaft ist es uns aber wichtig, den Diskurs in eine andere Richtung zu erweitern. In Europa haben wir in vielen Bereichen sehr hohe Standards. So sind beispielsweise zahlreiche Umweltschutz- oder Konsumentenschutzbestimmungen einzuhalten. Aber auch die arbeitsrechtliche Absicherung sowie das Lohnniveau sind in vielen europäischen Staaten weiter ausgebaut als in China. Umwelt- und Sozialdumping spielen bei der Preisgestaltung von Produkten eine große Rolle.

Wir kritisieren, dass in China keine freien Gewerkschaften zugelassen werden. Die Marktwirtschaftskriterien der EU sind viel zu beschränkt auf die Anforderungen eines freien Marktes. Um eine gewisse Lebensqualität der Menschen sicherstellen zu können, sind aber auch soziale Kriterien immens wichtig – und die fehlen derzeit gänzlich. Deswegen müssen diese sozialen und gewerkschaftlichen Komponenten ergänzt werden. Die Zulassung freier Gewerkschaften und die Autonomie der Sozialpartner im Bereich der Lohnfindung müssen garantiert werden und in die MES-Kriterien aufgenommen werden.

Was soll passieren?

Derzeit scheint es, dass die Europäische Kommission sich entschieden hat, China Ende 2016 den MES automatisch zuzuerkennen. Sie argumentiert mit rechtlichen Verpflichtungen. Andere politische Institutionen und Gruppen bleiben skeptisch und lehnen diese Vorgehensweise ab. Im Moment wird von der Europäischen Kommission eine Studie erarbeitet, wie sich der MES für China ökonomisch und sozial auf die EU auswirken wird.

Wir kritisieren allerdings, dass die Europäische Union hier viel zu abgekoppelt agiert. Auch andere Staaten, wie bspw. die USA, wären von der Statusänderung massiv betroffen. Ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit ist wichtig. Es wäre ein eigenartiges Szenario, wenn die EU mit Verweis auf internationale rechtliche Verpflichtungen China den MES gewährt (und dabei gegen ihr eigenes Regelwerk verstößt), während andere Staaten diesen Status aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus vorenthalten.